

Medienmitteilung

*150'000 Gesundheitsfachpersonen fordern Bundesrat zum Handeln auf*

# Selbständige Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten bangen um Existenz

**Die Physiotherapie ist ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Grundversorgung. Sie stellt auch in der aktuellen Situation sicher, dass Patientinnen und Patienten, die dringend auf Behandlungen angewiesen sind, ihre therapeutische Unterstützung erhalten. Die Verordnung des Bundesrats zur ausserordentlichen Lage stellt die ambulante Physiotherapie aber vor grosse Probleme und gefährdet ihre Existenz. Gemeinsam mit neun anderen Berufsorganisationen aus dem Gesundheitswesen fordert Physioswiss den Bundesrat auf, sofort zu handeln.**

Die Praxen der Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten müssen geöffnet bleiben, damit sie ihren Grundversorgungsauftrag erfüllen können. So verlangt es der Bundesrat. Der gleiche Bundesrat erlaubt mit seiner Corona-Verordnung jedoch nur noch dringende, nicht aufschiebbare Behandlungen und fordert die Bevölkerung auf, zu Hause zu bleiben. Als Folge davon ist die Zahl der Konsultationen massiv zurückgegangen, bei vielen Praxen um 80 bis 90%. Die wirtschaftlichen Folgen sind erheblich: Der Ertragsrückgang bei gleichbleibenden Kosten für Löhne und Mieten ist für viele Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten existenzbedrohend. Was in einem ersten Schritt helfen würde, wäre eine sofortige Integration in das wirtschaftliche Massnahmenpaket des Bundes, wie es bei allen Berufen, die ihre Lokale und Praxen schliessen mussten, auch der Fall ist. Auf längere Sicht braucht es jedoch weitere Massnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung der physiotherapeutischen Grundversorgung.

## **Bund verlangt offene Praxen, schliesst aber Unterstützung aus**

Physioswiss unterstützt die Massnahmen des Bundesrats zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie. «Die Behandlungen auf das Nötigste zu beschränken, ist in der aktuellen Situation sinnvoll. Wir tragen das mit und leisten damit einen wichtigen Beitrag, um die Übertragungskette zu stoppen», sagt Mirjam Stauffer, Präsidentin von Physioswiss.

Unverständlich ist aber aus Sicht des Verbandes, dass die vielen selbständigen Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten vom wirtschaftlichen Massnahmenpaket des Bundes ausgeschlossen sind. Der gleiche Bundesrat, der verlange, dass die Physiotherapiepraxen offenbleiben, verweigere die wirtschaftliche Unterstützung. «Damit lässt uns der Bundesrat im Stich. Das können wir weder hinnehmen, noch verstehen», betont Mirjam Stauffer.

## **Drohende Unterversorgung wegen Konkursen**

Der Bundesrat gefährdet damit nicht nur die wirtschaftliche Existenz vieler Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, sondern auch einen wichtigen Pfeiler der medizinischen Grundversorgung. Schon heute gibt es nachweislich zu wenige Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten. Verweigert ihnen der Bundesrat in der aktuellen Lage die finanzielle Unterstützung, werden viele ihre Praxen aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben müssen. «Die

Schweiz läuft nach der Coronavirus-Pandemie in ein ernsthaftes Versorgungsproblem hinein», warnt Stauffer, «das kann nicht die Absicht des Bundesrats sein».

### **150'000 Gesundheitsfachpersonen fordern sofortigen Zugang zum Massnahmenpaket**

Auf Initiative von Physioswiss haben zehn Berufsorganisationen aus dem Gesundheitswesen den Bundesrat mit einem dringenden Brief auf die Situation aufmerksam gemacht. Sie vertreten zusammen 150'000 Gesundheitsfachleute und verlangen vom Bundesrat, dass alle selbstständig erwerbenden Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten sowie alle anderen betroffenen Gesundheitsfachpersonen für ihre massiven Ertragseinbussen entschädigt werden. Der Bundesrat hat am 1. April eine Ausweitung der Unterstützungsleistungen in Aussicht gestellt.

#### **Für Rückfragen:**

Osman Besic, [osman.besic@physioswiss.ch](mailto:osman.besic@physioswiss.ch)

Tel. 079 / 277 84 85